

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 782

Mittwoch, 21. Juni 2023

30. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

La Puya erwartet das Urteil im Investitionsstreit zwischen KCA und Guatemala im Juni	1
Für unsere Kinder (Ein Kommentar des Menschenrechtsaktivisten Jorge Santos)	2
Olga Ché: Vom Widerstand in die Kommunalregierung von El Estor?	3
Prosperidad Ciudadana ist bei kommunalen und Bezirkswahlen wählbar, Carlos Pineda nicht.....	4
Fall Molina Theissen: Trotz IACHR-Urteil lässt Gerichtskammer verurteilte Soldaten frei	5
Guatemalteker Journalist Carlos Choc bei Diskussionsveranstaltung in München	6
Nachtrag zu Ulrich Gurtner	6

La Puya erwartet das Urteil im Investitionsstreit zwischen KCA und Guatemala im Juni

La Puya, 16. Mai - Am Sonntag, den 7. Mai, besuchten PBI-Kanada und PBI-Guatemala den Friedlichen Widerstand von La Puya an einem Platz am Strassenrand, den die Aktiven seit mehr als zehn Jahren am Eingang zur Goldmine "El Tambor" Progreso VII Derivada unterhält. (Foto: PBI Canada)

Während unseres Besuchs auf dem Gelände etwas ausserhalb von Guatemala-Stadt, erzählte uns Felisa Muralles, besser bekannt als Doña Licha, dass eine Entscheidung über die Klage des Bergbauunternehmens gegen den Staat Guatemala im Rahmen des Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahrens (ISDS) im Juni fallen könnte.



Das in Nevada ansässige Unternehmen Kappes, Cassidy & Associates (KCA) verklagt Guatemala im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (CAFTA) vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), einer Zweigstelle der Weltbank in Washington, DC, auf mehr als 400 Millionen US-Dollar (in Form von geschätzten entgangenen künftigen Gewinnen). (Die ICSID-Webseite zum Fall Nr. ARB/18/43 kann [hier](#) eingesehen werden).

Die Geschichte beginnt damit, dass [Radius Gold](#) (mit Sitz in Suite 650, 200 Burrard Street in Vancouver, Kanada) im Jahr 2011 vom guatemaltekeischen Energie- und Bergbauministerium eine Abbaulizenz erhielt.

Am 2. März 2012 errichteten Anwohner*innen, die zu dieser Mine nicht konsultiert worden waren, eine 24-Stunden-Blockade am Eingang zum Minengelände. Wenige Wochen später, am 8. Mai 2012, [legten sich die Frauen des Friedlichen Widerstands von La Puya auf den Boden, sangen und beteten, um die Bulldozer am Betreten der Mine zu hindern.](#)

Doña Licha hat sich bereits dazu [geäussert](#): "Als wir 2012 sahen, wie die Maschinen in die Mine führen, und nachdem wir über die Verseuchung des Wassers, das sie erzeugen würde, informiert wurden, haben wir den Weg blockiert. Wir sind sehr geeint, aber ich muss sagen, dass wir Frauen diejenigen sind, die diesen Kampf angeführt haben, obwohl wir ständig Drohungen und Verunglimpfungen erhalten."

Ein paar Monate später, im August 2012, verkaufte Radius Gold die Mine an KCA. Bezeichnenderweise behielt das kanadische Unternehmen jedoch ein wirtschaftliches Interesse an der Mine, einschliesslich vierteljährlicher Lizenzgebühren für die Goldproduktion aus der Mine. Genauer gesagt hat Radius Gold in seinem [Finanzbericht](#) für das erste

Quartal 2015 festgestellt: "KCA erklärte sich bereit, dem Unternehmen etwa 400.000 US\$ zurückzuzahlen (100.000 USD wurden bei Vertragsunterzeichnung gezahlt und etwa 300.000 US\$ werden gezahlt, sobald KCA mit der Verschiffung des auf dem Grundstück produzierten Goldes begonnen hat).

Ausserdem stimmte KCA zu, ab der kommerziellen Produktion vierteljährliche Zahlungen an das Unternehmen zu leisten, die auf dem damaligen Goldpreis und der Anzahl der auf dem Grundstück produzierten Unzen basieren.

Kurz nach dem Verkauf erklärte der damalige Präsident von Radius Gold, Ralph Rushton, gegenüber La Hora: "Radius ist weiterhin optimistisch, dass die kommerzielle Produktion bei El Tambor erreicht wird und das Unternehmen für die Investitionen, die es seit der Entdeckung von Gold in El Tambor im Jahr 2000 in der Region getätigt hat, entschädigt wird."

Es ist unklar, ob Radius Gold etwas von den 400 Mio. USD erhalten könnte, wenn KCA seine Investor-Staat-Klage beim ICSID nächsten Monat gewinnt. Es ist jedoch klar, dass das in Vancouver ansässige Unternehmen davon profitieren wird, wenn die Mine weiter betrieben wird.

Kann die Mine trotzdem weiter betrieben werden?

Im Februar 2016 erwirkte der Friedliche Widerstand ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von Guatemala, das die vorläufige Einstellung des Minenbetriebs vorsah. Zu diesem Zeitpunkt war die Mine bereits seit fast zwei Jahren in Betrieb. Am 21. Mai 2021 hob das Gericht die Aussetzung auf, aber die Genehmigung für die Inbetriebnahme der Mine wurde noch nicht erteilt.

Diese Genehmigung unterliegt einem Konsultationsverfahren, das in drei Monaten beginnen soll, also möglicherweise im August dieses Jahres. Im Februar 2023 [erklärte](#) Álvaro Sandoval, Mitglied des Friedlichen Widerstands, gegenüber der Journalistin Regina Pérez von Prensa Comunitaria, dass das Ministerium für Energie und Bergbau bereits damit begonnen hat, Vertreter*innen, die im Einflussbereich der Mine leben, auszuschliessen.

Doña Licha teilte uns ihre Besorgnis darüber mit, dass der Staat Guatemala zwar die Unterstützung des Friedlichen Widerstands bei der ISDS-Anfechtung vor dem ICSID einfordert, gleichzeitig aber auch ein ausschliessendes Konsultationsverfahren durchführt, das den Weg für die Mine Progreso VII Derivada sowie 20 weitere Minen in der unmittelbaren Umgebung ebnen könnte. Auf diesen Ländereien leben indigene [Xinka und Kaqchikel](#), die sich gegen den Bergbau in diesem Gebiet wehren, seit Radius Gold seine Mine eröffnet hat.

23. Mai - Jahrestag der gewaltsamen Räumung

In wenigen Tagen, am 23. Mai, wird der Friedliche Widerstand von La Puya den 9. Jahrestag der gewaltsamen Räumung seiner Blockade durch die Polizei begehen. (Video des Polizeiangriffs, 23. Mai 2014, [hier](#) und ein weiteres [hier](#)). Trotz der Aufhebung der Blockade hat der Friedliche Widerstand die Hartnäckigkeit bewiesen, all die Jahre auf der Baustelle präsent zu bleiben. Ihr Widerstand gegen die Mine ist ungebrochen. Wie schon vor mehr als 10 Jahren behaupten sie, dass es "[umfangreiche Beweise](#)" dafür gibt, dass die Mine zu einer Verarmung und Verschmutzung des Wassers führen würde.

Als wir das Gelände des friedlichen Widerstands besuchten, gingen wir die Strasse hinauf und sahen einen von drei Absetzteichen, die von der Radius Gold/KCA-Mine hinterlassen wurden. Wir erfuhren, dass es Bedenken wegen des Arsens im Wasser gibt ([Arsen kommt in Arsenopyrit vor, dem gleichen Gestein, in dem Gold oft eingebettet ist, und kann während des Bergbauprozesses freigesetzt werden](#)). Ausserdem wurde uns mitgeteilt, dass ein anderer Absetzteich bereits einmal übergelaufen ist.

Da diese wichtigen Termine näher rücken, werden wir die Situation in La Puya weiter verfolgen. Weitere Informationen über unsere Zeit in Guatemala finden Sie im Fotobericht über den Besuch von PBI-Kanada und den von PBI-Guatemala begleiteten Organisationen, Verteidiger*innen und Gemeinden.

Für unsere Kinder (Ein Kommentar des Menschenrechtsaktivisten Jorge Santos)

Guatemala, 9. Juni - Es besteht kein Zweifel daran, dass Guatemala eine seiner schlimmsten Phasen in den letzten 25 Jahren durchlebt, obwohl es in seiner Umgebung genügende Anregungen gegeben hat, um eine andere Gesellschaft aufzubauen.

Eine erste grosse Chance eröffnete sich uns mit der Unterzeichnung des Abkommens über einen dauerhaften Frieden im Jahr 1996, mit einem Katalog von Verpflichtungen, die, wären sie erfüllt worden, die Grundlagen für eine echte, funktionierende und partizipative Demokratie geschaffen hätten. Damit hätten wir staatliche Institutionen, die in der Lage wären, sich den Herausforderungen der Zeit zu stellen und ein Wirtschafts- und Staatsmodell aufzubauen, das die Menschenrechte garantiert.

Der zweite grosse Moment begann 2015 nach fünf Monaten intensiver sozialer und bürgerschaftlicher Mobilisierung, die die wichtigen Fälle begleitete, die die Internationale Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) und

die ehemalige Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) der Staatsanwaltschaft (MP) gegen Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft, Militär und organisierter Kriminalität eröffneten.

In beiden Fällen verhinderten die faktisch an der Macht befindlichen Akteur*innen zum einen die Umsetzung der Friedensagenda und zum anderen die notwendige Umgestaltung des Justizsystems.

Heute, unter diesen Umständen, in denen sich diese Machtakteur*innen unseren Fortschritten auf dem Weg zu einer integrativen, demokratischen, gleichberechtigten und sozial gerechten Gesellschaft widersetzen, sind wir mit mehreren Krisen konfrontiert, die die Bevölkerung als Ganzes und insbesondere die Kinder betreffen.

Eine Wirtschaftskrise, in der immer mehr Familien einen Rückgang ihres Einkommens und damit eine Verschlechterung ihrer fundamentalsten Menschenrechte erleben. Krankheiten sind weit verbreitet, mangelnde Bildung ist die Norm, Wassermangel, unzureichende oder sogar prekäre Wohnverhältnisse und Nahrungsmittel sind allen gemein.

Die nächste Krise ist sozialer Natur; jede*r sucht nach Wegen, das Wesentliche für sich allein zu lösen, da der Staat abwesend ist oder damit beschäftigt ist, Geld für das Grosskapital zu plündern und es weiter zu privilegieren. Jede*r muss für sich selbst sorgen – das ist die Regel und der Staat ist absolut wehrlos. Gewalt, Rassismus und Diskriminierung sind die wesentlichen Merkmale dieses immer weiter verbreiteten Phänomens.

Eine weitere Krise ist die der politischen und demokratischen Stabilität, wo die Vereinnahmung der Institutionen immer mehr zunimmt und zur Bildung kleiner Lehnsgüter führt. Anstatt dass die Bürger*innen die öffentlichen Institutionen beherrschen, werden diese von Patriarch*innen oder Monarch*innen nach Belieben ausgeübt.

Angesichts dessen haben die Bürger*innen Guatemalas, junge Menschen, ältere Erwachsene, Frauen, Männer, die LGBTIQ+-Bevölkerung eine grosse Verantwortung und eine grosse Schuld gegenüber den Kindern, um eine Gesellschaft aufzubauen, in der Würde und Glück die gemeinsamen Nenner für sie sind.

Es ist unsere grosse Aufgabe, ihnen die Möglichkeit zu geben, zu spielen, sich zu bilden, sich angemessen und ausreichend zu ernähren, eine angemessene Wohnung zu haben, grundlegende Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen und von ihren Familien beschützt zu werden.

Kämpfen wir für sie, bis wir diejenigen besiegt haben, die heute das Regime der Straflosigkeit, der Gewalt und der Armut errichten, angefangen mit diesen Wahlen, indem wir gegen die Parteien des Völkermords, der Korruption und der Straflosigkeit stimmen. (La Hora)

Olga Ché: Vom Widerstand in die Kommunalregierung von El Estor?

Guatemala, 8. Juni - Olga Marina Ché Ponce wurde 1983 in El Estor, Izabal, geboren. Ihr Vater ist Pedro Ché und ihre Mutter ist Silvia Susana Ponce. Sie ist Aktivistin, Hausfrau und unterstützt seit 27 Jahren ihren Mann Benancio Quinch beim Auslegen von Trammelnetzen für die gewerbliche Fischerei. Sie ist Mutter von sieben Kindern und kandidiert bei diesen Wahlen als erste Stadträtin der Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) für den Gemeinderat.

Im Jahr 2013 begann sie ihr Engagement für die Gewerkschaft der gewerblichen Fischer*innen von El Estor mit der Absicht, die Verschmutzung des Izabal-Sees zu dokumentieren und anzuprangern. Seit 2017 ist sie die Schatzmeisterin dieser Gemeindeorganisation. Im Jahr 2020 wurde sie in den Rat der indigenen Autoritäten ihrer Gemeinde gewählt. Zuvor hatte sie drei Jahre lang im Kollektiv der Überlebenden des internen bewaffneten Konflikts mitgearbeitet. Sie ist in Armut aufgewachsen und hat aufgrund dieser Lebensumstände die Grundschule nicht abgeschlossen. In ihrer Kindheit habe ihr die Anwesenheit ihres Vaters gefehlt, der in den 1980er Jahren, während der Regierung von General Efraín Ríos Mont, von der guatemaltekischen Armee verschleppt worden war und seither verschwunden ist. Ihr Vater war Katechet in der katholischen Kirche.

Olga sagt, dass ihre Motivation für die Verteidigung des Izabal-Sees darin liegt, dass die Bergbauunternehmen CGN und PRONICO, Tochtergesellschaften des russisch-schweizerischen transnationalen Unternehmens Solway Investment Group, den See verschmutzen und die Hügel und Ernten zerstören. Im Jahr 2017 entdeckten sie einen roten Fleck im Izabal-See, der sie beunruhigte, weil sie den Lebensunterhalt ihrer Familie mit dem Fischfang verdienten. In diesem Moment begannen die Behörden und das Unternehmen, diejenigen zu kriminalisieren, die die natürlichen Ressourcen verteidigten. "Der Bergbau hat der Bevölkerung im Allgemeinen nie etwas gebracht, er hat uns geschadet, er hat unsere Menschenrechte verletzt. Dieses Unternehmen will unsere Berge ausplündern. Wie sollen wir in El Estor überleben, was sollen wir trinken? Wenn sie weiterhin unsere Berge zerstören, werden wir ohne unsere Flüsse dastehen. Wie wird das Leben unserer Kinder und Enkelkinder aussehen? Der Bergbau hat uns nur Gefangenschaft, Verfolgung und Kriminalisierung gebracht, er hat unser Volk gespalten", sagte die Aktivistin der Q'eqchi'.

Warum sie bei den Kommunalwahlen kandidiert

Ché sagte, dass sie sich seit der Gründung der Fischerei-Gewerkschaft für die Verteidigung der natürlichen Ressourcen

einsetzt, und dass sie dies auch bei den kommenden Wahlen tun wird. "Unsere Menschenrechte als Völker werden aufgrund von Rassismus und Diskriminierung nicht respektiert. Diejenigen, die uns regiert haben, haben uns nie zugehört, sie haben uns nie berücksichtigt. Diejenigen, die derzeit regieren, vertreten uns nicht. Sie folgen den Interessen der Mächtigen, die kommen, um unsere natürlichen Ressourcen zu plündern", sagte Ché.

Wenn sie gewählt würde, werde sie die natürlichen Ressourcen und die Interessen ihres Volkes verteidigen. "Ich habe mich entschlossen, an diesen Wahlen teilzunehmen, um unsere Berge zu verteidigen, um das Wenige zu verteidigen, das uns die Bergbauunternehmen gelassen haben. Wenn sie die Räumungen genehmigen, werden die Zustände der Standorte von der Stadtverwaltung bestätigt, aber wenn unsere Gemeinden kommen und um Unterstützung bitten, wird ihnen nie geholfen".

Sie sagt, dass die MLP aus den Gemeinschaften, dem Kampf, der Verteidigung des Territoriums und der natürlichen Ressourcen und der Verteidigung der Rechte entstanden sei. Sie habe beschlossen, in dieser Organisation mitzuwirken, weil sie die indigenen Völker vertritt. Für die Anführerin der Q'eqchi ist die Beteiligung der Frauen an der Politik fast gleich null: "Wir wurden nie berücksichtigt, die Männer wollen immer die Mehrheit sein. Wenn wir Glück haben, haben wir nur eine Vertreterin in jedem Raum, aber sie brauchen uns, um für sie zu stimmen", sagte sie.

Ein Arbeitsplan mit Schwerpunkt auf Minderheiten und dem Schutz der natürlichen Ressourcen

Der von Olga Ché vorgeschlagene Arbeitsplan berücksichtigt die Abgelegenheit der Gemeinschaften, die ebenfalls darum kämpfen, ihr angestammtes Land zurückzugewinnen. Ché sagte, dass diese Menschen derzeit keine Möglichkeit hätten, Entwicklungsprojekte durchzuführen, weil sie keine Rechtssicherheit über das Land haben, auf dem sie leben, und dass die Regierung eine Reihe von Vertreibungen an diesen Orten durchgeführt habe.

"Für uns sind sie diejenigen, die am meisten Unterstützung in den Bereichen Gesundheit und Bildung brauchen, um ihnen Rechtssicherheit zu geben und unsere natürlichen Ressourcen zu schützen. Wir werden keine Lizenzen zur Ausbeutung unserer natürlichen Ressourcen genehmigen. Wir werden niemals Entscheidungen treffen, ohne die Bevölkerung zu konsultieren. Wir werden die Bevölkerung konsultieren, bevor wir ein Megaprojekt genehmigen", sagte sie. Sie werde den jungen Menschen und den Frauen mehr Priorität einräumen, vor allem in der Bildung, denn die Familien hätten keine Unterstützung vom Staat. Es gebe beispielsweise keine Stipendienprogramme für die Bedürftigsten. "Nichts kann uns aufhalten, wir haben die Missbräuche unserer Machthaber erlitten, ich habe sie aus erster Hand erfahren. Wir haben gekämpft, ohne ein öffentliches Amt zu bekleiden, wir haben die Interessen unseres Volkes verteidigt".

Zum Ausschluss von Thelma Cabrera

Für Olga ist der Ausschluss von Thelma Cabrera ein Beweis für den Wahlbetrug, den einige Sektoren wollen. "Sie haben erkannt, dass Cabrera die Interessen der Armen vertritt, deshalb haben sie sie von den Wahlen ausgeschlossen. Sie wissen, dass sie Präsidentin werden würde, um der Mehrheit der Bevölkerung zu nützen. Sie haben kein rechtliches Hindernis, sie kennen die Missstände und die Bedürfnisse des Volkes, deshalb hatten sie Angst, wenn sie an die Macht käme. Genauso wie sie es mit uns armen Leuten gemacht haben, haben sie unsere Genoss*innen kriminalisiert, inhaftiert und ins Exil geschickt, weil sie unsere natürlichen Ressourcen verteidigt haben", schloss die Gemeindeaktivistin.

Die kommunale Liste der MLP wird von Professor Abelino Chub Caal als Bürgermeisterkandidat angeführt, der zwei Jahre und zwei Monate im Gefängnis sass, weil er Land und Territorium in El Estor, Izabal, verteidigt hatte. Olga Ché kandidiert für das Amt des Stadtrats im Wahlkreis I und Guillermo Sam für das Amt des Stadtrats im Wahlkreis II. Ihre Wahlkampfstrategie besteht darin, die am meisten ausgeschlossenen Gemeinden in der Gemeinde El Estor und die am stärksten vom Extraktivismus betroffenen Gemeinden zu besuchen. "Wir haben keine Werbung in den kommerziellen Radio- und Fernsehmedien der Gemeinde und auch nicht in den sozialen Netzwerken, weil wir unseren Wahlkampf mit unseren eigenen Mitteln führen und von niemandem finanziert werden, wie es die traditionellen Parteien tun", so Olga Ché.

Dieser Vorschlag konkurriert mit Kandidaten von Parteien, die sich bereits als Gewinner fühlen, so Ché, wie die Parteien UNE, CABAL und NOSOTROS, deren Kandidat Rony Méndez ist, der bereits von 2016 bis 2020 in der Gemeinde war, sowie der derzeitige Bürgermeister Joel Lorenzo Flores, der für die Partei UNE von Sandra Torres als Abgeordneter des Departements kandidiert. (Prensa Comunitaria)

Prosperidad Ciudadana ist bei kommunalen und Bezirkswahlen wählbar, Carlos Pineda nicht

Guatemala, 9. Juni - Die Fünfte Kammer für Verwaltungstreitsachen erliess eine einstweilige Verfügung für die politische Gruppierung Prosperidad Ciudadana (PC), die die Teilnahme von Kandidat*innen als Abgeordnete für 11 Bezirke und Bürgermeisterämter in 60 Landkreisen ermöglicht. Dies teilte die Generalsekretärin der politischen Gruppierung, Lilian García, mit. "Die Generaldirektion des Bürgerregisters des Obersten Wahlgerichts wird als die in der Berufung beklagte Behörde angewiesen, die Gültigkeit der Nominierungen der politischen Partei Prosperidad Ciudadana in den Landkreisen und Departements, in denen sie eine Parteiorganisation unterhält und deren Versammlungen genehmigt wurden, zu garantieren", heisst es in der Entschliessung.

Die Richter*innen der Kammer wiesen das TSE an, die QR-Validierungscodes der ausgestellten Bescheinigungen rechtzeitig freizugeben. Diese Klage bezieht sich jedoch nicht auf die Kandidaturen der Präsidentschaftskandidaten Carlos Pineda und Efraín Orozco, die in einer anderen Generalversammlung im Departement Guatemala verkündet wurden. Die Abgeordneten von Alta Verapaz, Jutiapa, Totonicapán, Sacatepéquez, Izabal, Guatemala, Santa Rosa, Chimaltenango, Escuintla, Quetzaltenango und Huehuetenango profitierten von dieser Massnahme ebenso wie die mehr als 60 Kandidaturen für Bürgermeisterämter und kommunale Körperschaften.

Carlos Pineda ist weiterhin aus dem Rennen

Die fünfte Verwaltungskammer hat dem Antrag stattgegeben, allerdings nur zugunsten der Kandidat*innen der Partei für die Abgeordneten- und Bürgermeisterposten.

Das Präsidentschaftskandidaten-Duo Carlos Pineda und Efraín Orozco ist nach wie vor aus dem Rennen, da das Urteil der Sechsten Kammer des Verwaltungsgerichts vom 19. Mai zugunsten der Cambio-Partei von Manuel Baldizón noch in Kraft ist. (...) Am 26. Mai wies das Verfassungsgericht eine Klage Pinedas ab, mit der er die Entscheidung der Sechsten Kammer aufheben und seine Registrierung für die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen am 25. Juni erreichen wollte. (Prensa Comunitaria)

Fall Molina Theissen: Trotz IACHR-Urteil lässt Gerichtskammer verurteilte Soldaten frei

Guatemala, 9. Juni - Die Richter*innen des Ersten Hochrisikogerichts haben die Militäroffiziere, die wegen schwerer Verbrechen an Marco Antonio und Emma Molina Theissen im Jahr 1981 verurteilt wurden, auf Bewährung entlassen.

Anabella Esmeralda Cardona Cambara, Mynor Antonio Oxom Paredes und Marvin Fradique Reyes Lee folgten damit einem Beschluss des Obersten Gerichtshofs (CSJ), der die Einhaltung einer Empfehlung des Verfassungsgerichts (CC) zur Freilassung der in diesem Fall Verurteilten angeordnet hatte. Im April erklärte dieselbe Kammer, dass sie diese Empfehlung nicht umsetzen könne, weil eine Resolution des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IACHR) vorliege, und lehnte die vom CC empfohlenen Bewährungsauflagen ab. (...)

Die Anwältin der Opfer, Jovita Tzul, bezeichnete die Entscheidung des Ersten Hochrisikogerichts als bedauerlich und wies darauf hin, dass sie "einen schweren Rückschlag im Bereich der Menschenrechte bedeutet". Sie fügte hinzu, dass es zwei Untersuchungshaftbefehle gegen die drei angeklagten Militäroffiziere gibt: einen für den Fall Creompaz, wegen gewaltsamen Verschwindenlassens, und den anderen für den Fall des Völkermordes während der Amtszeit von Präsident Romeo Lucas García.

Im Mai 2018 verurteilten die Richter*innen des Hochrisikogerichts C General Manuel Benedicto Lucas García, ehemaliger Chef des präsidialen Generalstabs, Manuel Callejas y Callejas, ehemaliger Geheimdienstchef, und Hugo Ramiro Zaldaña, ehemaliger Geheimdienstler, zu 58 Jahren Haft; Francisco Luis Gordillo, ehemaliger Kommandant der Militärszone "General Manuel Lisandro Barillas" in Quetzaltenango, zu 33 Jahren Gefängnis wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des gewaltsamen Verschwindenlassens des Kindes Marco Antonio Molina Theissen sowie wegen Vergewaltigung mit Strafverschärfung im Fall von Emma Molina Theissen.

Am 8. März 2023 wurde die Entscheidung des Verfassungsgerichts veröffentlicht, in der es den pensionierten Militäroffizieren Francisco Luis Gordillo Martínez, Manuel Antonio Callejas y Callejas und Manuel Benedicto Lucas García den Rechtsbehelf gewährt.

Die Begünstigung gilt auch für Hugo Ramiro Zaldaña Rojas, der ebenfalls wegen dieser Taten angeklagt und verurteilt wurde und derzeit eine Strafe verbüsst.

In seinem Urteil stellt der CC Überlegungen an, die den Verurteilten zugutekommen, nämlich Auflagen, die darauf abzielen, ihnen Hausarrest zu gewähren, ein Antrag, der aufgrund der Schwere der Verbrechen, für die sie verurteilt wurden, abgelehnt worden war. Da diese Entscheidung nicht vollstreckt werden konnte, erliess der CSJ eine weitere Entscheidung, in der er die Kammer aufforderte, dem Antrag nachzukommen und die Soldaten freizulassen.

IACHR-Gerichtshof hatte das guatemaltekische Rechtssystem aufgefordert, Militärs nicht freizulassen

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) empfahl dem Staat Guatemala, dem Urteil des Verfassungsgerichts nicht Folge zu leisten. Der IACHR-Gerichtshof analysierte die Schutzmassnahmen, die den Opfern gewährt wurden, damit Guatemala den Zugang zur Justiz gewährleistet und die für schuldig befundenen Personen vor Gericht gestellt werden. "Den Staat Guatemala aufzufordern, um nicht wiedergutzumachenden Schaden für das Recht der Opfer des Falles Molina Theissen gegen Guatemala auf Zugang zur Justiz zu verhindern, von der Vollstreckung der Entscheidung des Verfassungsgerichts von Guatemala vom 6. März 2023 abzusehen, bis dieser internationale Gerichtshof auf der 157. ordentlichen Sitzung vom 17. bis 29. April 2023 über den Antrag auf vorläufige Massnahmen entscheiden kann, wie in Erwägung 8 angegeben", heisst es in der Resolution des IACHR-Gerichtshofs vom 27. März. (Prensa Comunitaria)

Guatemaltekischer Journalist Carlos Choc bei Diskussionsveranstaltung in München

Ein Artikel von Kevin Kaisig (PBI-Gruppe München)

Der guatemaltekische Journalist Carlos Choc war am 26.04. zu Gast im Eine Welt-Haus München und hat über die Nickelmine Fénix im Osten Guatemalas sowie die Auswirkungen des Betriebes der Mine auf die lokale Bevölkerung berichtet. Die grösste Nickelmine des Landes liegt am Ufer des Sees Izabal und steht aufgrund massiver Umweltschäden sowie der Zerstörung der Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung in der Kritik. Carlos Choc präsentierte Rechercheergebnisse des Investigativ-Netzwerks *Forbidden Stories*, die bereits letztes Jahr unter dem Titel „Mining Secrets“ auch in der deutschen Presse veröffentlicht worden waren.

Ferner diskutierte Choc mit der Referentin für developmentpolitische Bildung und Öffentlichkeitsarbeit von Mission „Eine Welt“, Gisela Voltz, über das deutsche Lieferkettengesetz sowie die entsprechende Initiative auf EU-Ebene. Das in der Fénix-Mine produzierte Ferronickel wird zu rostfreiem Stahl weiterverarbeitet. Dieser ist in Deutschland, Europa und auf dem Weltmarkt omnipräsent. Beide betonten, wie wichtig es sei, ein grösseres Bewusstsein für die Verstrickungen globaler Lieferketten und die Realitäten des Rohstoffabbaus vor Ort zu schaffen. Vor diesem Hintergrund können Lieferkettengesetze einen rechtlichen Rahmen schaffen, um die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang der Lieferkette zu gewährleisten.

Carlos Choc ist aufgrund seiner Recherchen in Zusammenhang mit der Fénix-Mine von Drohungen, Einschüchterungsversuchen, digitalen Angriffen und Kriminalisierung betroffen. Bereits im August muss er sich und seine Arbeit erneut vor Gericht in Guatemala verteidigen.

Die Regionalgruppe Bayern von peace brigades international – Deutscher Zweig e.V. organisierte die Veranstaltung in Kooperation mit dem Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit München e.V.

Interessante Links: *Forbidden Stories*: <https://forbiddenstories.org/>; <https://www.youtube.com/@ForbiddenStories>
Carlos Choc auf Twitter: https://twitter.com/CarlosErnesto_C; pbi: <https://pbideutschland.de/>
Link Öku-Büro München: <https://www.oeku-buero.de/>

Nachtrag zu Ulrich Gurtner

In der ‘Rundschau’ von SRF vom 07.06.2023 ist ein zehnminütiger Beitrag zu Ulrich Gurtner ausgestrahlt worden: <https://www.srf.ch/play/tv/redirect/detail/e5859298-0838-4b32-872f-815862a3e1ab>

Neben den im letzten Heft geschilderten Tatsachen werden noch folgende Aspekte angesprochen:

1. Gurtner ist ein Sohn von aktiven Gewerkschaftern und insofern ethisch vorgeprägt.
2. Der Schweizer Botschafter in Guatemala hat erreicht, dass die Einfrierung des Kontos der FEDECOCAGUA aufgehoben wurde. Damit können die 25.000 Kaffeepflanzer-Familien bald wieder mit Geld rechnen und ihre Investitionen für die nächste Ernte tätigen.
3. Seit der Verhaftung von Gurtner hat es Stornierungen von deutschen Kunden aufgrund der Ermittlungen gegeben.
4. Gurtner wurde offenbar nach seiner Weigerung, Schmiergelder zu zahlen, nicht aus dem Land ausgewiesen, sondern blieb in Guatemala, ging dann aber zu FEDECOCAGUA. (*Anmerkungen der Red. mit Dank an Toni Steiner für die Weiterleitung.*)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6